



Interviews

Datum: 18. Mai 2025

Vladimir Balzer im Gespräch mit Karin Prien, Bundesministerin für Bildung, Familie, Jugend, CDU

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Balzer: Das Interview der Woche mit Vladimir Balzer und der neuen Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Karin Prien von der CDU, herzlich willkommen.

Prien: Hallo, Herr Balzer.

Balzer: Sie haben letztens Ihre erste Rede im Bundestag gehalten. Sie trugen noch die Trauerkleidung für Margot Friedländer. Sie hatten einen Davidstern um den Hals. Sie haben jüdische Wurzeln. Sie sind Vorsitzende des Jüdischen Forums in der CDU. Und bei der Rede haben Sie auch das Thema Antisemitismus angesprochen, was ja auch für die Schulen ein Thema ist. Welche Sorgen macht Ihnen der zunehmende Antisemitismus im Land?

Prien: Ja, der macht mir natürlich große Sorgen. Und ich hatte auch zwischendurch immer die Hoffnung, dass dieses Phänomen jedenfalls nicht so offen und mit so wenig Schamgefühl immer noch und wieder neu präsent ist in unserer Gesellschaft. Das ist schlimm.

Balzer: Die Politik versucht ja dagegen schon seit Jahren vorzugehen. Dabei wird natürlich auch darüber diskutiert, was eigentlich Antisemitismus ist. Wie genau definiert man das? Es gibt da auch entsprechende Bundestagspapiere dazu, die da auch beschlossen worden sind. Viel wird debattiert über mögliche Antisemitismusklauseln, gerade wenn es um Fördergelder geht für Kultur, aber auch Wissenschaft und vieles andere mehr. Die Frage ist: Was ist eigentlich Antisemitismus? Das mag jetzt akademisch klingen, ist aber, glaube ich, gar nicht so unwichtig, wenn man sich im politischen Raum bewegt. Es gibt da verschiedene Definitionen. Einmal die Definition der International Holocaust Remembrance Alliance, der IHRA. Das ist die Grundlage für die Mehrheit in der deutschen Politik, dass eben auch tatsächlich Vorbehalte gegenüber Israel mitreinspielen, wenn es um die Frage geht: Was ist Antisemitismus? Und dann gibt es die Jerusalem-Deklaration, die zum Beispiel von der Linkspartei ange-

nommen worden ist, die das ein bisschen weitet und tatsächlich Israel rausnimmt eigentlich weitestgehend aus dieser Antisemitismusdefinition. Wo stehen Sie? Was ist für Sie Antisemitismus?

Prien: Also ich glaube, wir haben gut daran getan in Deutschland, uns ja schon vor einigen Jahren auf die IHRA-Definition zu verständigen. Und natürlich ist es erlaubt, sich auch andere Gedanken darüber zu machen. Das ist ja zum Teil auch eine Auseinandersetzung unter Wissenschaftlern. Problematisch wird es eben immer da, wo an Israel plötzlich Anforderungen gestellt werden, die an andere Länder dieser Welt eben nicht gestellt werden und da eben mit Doppelstandards gearbeitet wird. Und problematisch wird es eben dort, wo so was wie Boykottmaßnahmen eben gerechtfertigt werden unter anderem auch mit der Jerusalem Declaration. Und das finde ich hochproblematisch.

Balzer: Aber inwieweit schränkt das die Debatte auch ein? Ich meine, der Nahe Osten prägt auch die politischen Debatten hierzulande, auch in einer inzwischen auch stark migrantisch geprägten Gesellschaft. Wir haben bis zu 30 Prozent Menschen, die aus anderen Regionen kommen oder einen migrantischen Hintergrund haben. Auch gerade eine jüngere Generation sucht danach, andere Wege zu finden, darüber zu reden. Verstehen Sie das? Können Sie das nachvollziehen?

Prien: Ja, natürlich. Wir müssen auch der Tatsache Rechnung tragen. Auch, wenn wir jetzt über Diskussionen zum Thema Israel oder zum Thema jüdisch sein oder zum Antisemitismus führen, dass wir eben in einer Einwanderungsgesellschaft leben, und dass auch viele Menschen inzwischen bei uns leben, die jetzt keine deutschen Wurzeln haben und damit auch keine deutsche Geschichte und ihre deutsche Identität erst entwickeln. Aber ich würde da sehr grundsätzlich sagen, es gehört eben zur deutschen Identität. Das Jüdische und zwar auch das Jüdische jenseits der Schoah, das gehört zu uns. Und wer zu uns kommt, der muss das auch zur Kenntnis nehmen, dass das Teil unserer Geschichte und unserer Kultur ist. Und der zweite Punkt ist, die Schoah als Menschheitsverbrechen ist Teil unserer ... nicht nur Teil unserer Geschichte, sondern beschreibt eben auch unsere historische Verantwortung, die auch kommende Generationen haben. Und wer hier in Deutschland lebt und Teil dieser Gesellschaft ist, der muss damit auch umgehen können. Und natürlich ist Israel auch eine Antwort auf die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und auf die Schoah. Deshalb ist natürlich auch unser Verhältnis zu Israel immer noch dem besonderen Verhältnis, das sich aus der Schoah ergibt, geschuldet und das ist auch richtig so.

Balzer: Was bedeutet der Begriff Staatsraison für Sie in diesem Zusammenhang?

Prien: Das bedeutet für mich auch, dass die Sicherheit Israels für uns und die Integrität des israelischen Staates, dass wir dafür mit Verantwortung übernehmen. Und

das heißt übrigens nicht, um das auch zu sagen, dass man an der israelischen Regierung keine Kritik üben darf. Das kann man selbstverständlich. Es ist eine Demokratie. Und die kritischsten Leute mit Blick auf die israelische Regierung, die ich kenne, sind Israelis. Und auch viele Juden in Deutschland sehen durchaus das eine oder andere kritisch, was dort passiert. Man kann übrigens auch sich sehr klar zu Menschenrechtsfragen in Gaza äußern und positionieren und deshalb ist man noch lange nicht antisemitisch oder israelfeindlich. Aber es gibt eben dort Grenzen, wo eben diese Doppelstandards und auch Stereotype angewandt werden und wo nicht zur Kenntnis genommen wird, dass Israel eben tatsächlich nach wie vor die einzige liberale Demokratie im Nahen Osten ist.

Balzer: Welche Rolle spielt diese Debatte in den Schulen aus Ihrer Sicht?

Prien: Wir haben diese Auseinandersetzung an den Schulen. Wir müssen sie führen. Und was wir eben merken, ist, dass es immer hilft, wenn man erstens überhaupt erst mal Informationen zum Beispiel über die Entstehung des Staates Israels und die Geschichte Israels – das ist nämlich ein Thema, was in Schulen nicht unbedingt dann noch drankommt, wenn es um neuere Geschichte geht. Das ist unbedingt erforderlich. Dass aber auch Wissen über das Judentum, jüdische Geschichte, die jüdische Religion nicht intensiv genug gelehrt wird und dass vor allem auch über jüdisches Leben heute in den Schulen zu wenig gesprochen wird. Und das haben viele Bundesländer jetzt begonnen in ihre Bildungspläne neu zu integrieren. Und das ist auch notwendig.

Balzer: Die Antisemitismusdebatte ist eben auch ein Politikum. Wir haben es ja schon angesprochen. Und es führt auch zu bestimmten Debatten im Umgang mit bestimmten Parteien. Ich habe die Linkspartei schon kurz erwähnt, die ja auf ihrem Parteitag letztens eben die schon erwähnte Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus, die Jerusalem Declaration, angenommen hat, wenn es um die Definition von Antisemitismus geht, also, dass Israel nicht automatisch dort mitreingenommen wird, sondern das Ganze allgemeiner betrachtet wird. Das hat viele Diskussionen ausgelöst. Und das bringt mich zu der Frage, die ja auch Ihre Partei, die CDU, stark beschäftigt, auch angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag, weil ja die Linkspartei gebraucht wird auch für Zweidrittelmehrheiten, wenn man wichtige Entscheidungen fällen will, zum Beispiel was das Grundgesetz angeht. Es geht um Fragen wie Wehrpflicht, Reform der Schuldenbremse, Wahl von Verfassungsrichtern. Also die Union wird wahrscheinlich auf die Linkspartei angewiesen sein. Und Sie sind jemand immer gewesen, der einen pragmatischen Umgang mit der Partei immer gefordert hat und weniger diese Unvereinbarkeit, die ja eigentlich auch ein Parteibeschluss von Ihnen ist, hervorhebt. Wo sehen Sie diese Linkspartei?

Prien: Also ich stehe zu unserem Unvereinbarkeitsbeschluss, aber ich nehme eben auch zur Kenntnis, dass etwa in Thüringen bestimmte Formen zumindest des Miteinandersprechens notwendig sind, um überhaupt noch eine funktionsfähige Regierung bilden zu können. Ich will sehr deutlich sagen, dass ich zwischen meiner Partei, der CDU und der Linken, inhaltlich und weltanschaulich überhaupt keine Übereinstimmung sehe. Ich sehe auch diese Art wie die Israeldiskussion und die Antisemitismuskonversation bei den Linken geführt wird, äußerst kritisch. Da gibt es so eine und so eine. Ich kenne zum Beispiel aus der Zusammenarbeit mit einzelnen linken Politikern in den Ministerkonferenzen – wir haben ja linke Minister, Schulminister, Kulturminister – gehabt. Natürlich redet man miteinander. Und da gibt es einzelne Persönlichkeiten, die da, finde ich, einen vernünftigen Standpunkt vertreten. Aber es gibt eben auch andere, wo ich sagen würde, da haben wir überhaupt nichts gemeinsam. Und ich persönlich bin ja auch sehr gescholten worden, weil ich gesagt habe, die CDU hat auch eine antifaschistische DNA. Was da aber immer nicht zitiert worden ist, ist: Ich habe im gleichen Satz gesagt genauso: Wir sind eine antitotalitäre Partei. Der Unvereinbarkeitsbeschluss, der steht. Aber es gibt keine Äquidistanz. Es ist trotzdem immer noch was anderes. Für mich sind Nazis und Rechtsextremisten immer noch was anderes als eine Partei wie die Linke, in denen es Kommunisten gibt. Da gibt es aber auch Leute, die sich als demokratische Sozialisten verstehen. Da gibt es Leute, die ich eher als linke Sozialdemokraten bezeichnen würde. Und da würde ich differenzieren. Und wenn es um Verfahrensfragen geht, dann wird man nicht umhinkommen, mit denen auch zu sprechen. Das ist ja übrigens bei der Kanzlerwahl auch so passiert. Das heißt aber nicht, dass man mit denen jetzt eine Zusammenarbeit suchen müsste im Sinne von wir treffen miteinander Verabredungen für inhaltliche Fragen. Dazu würde ich meiner Partei auch nicht raten. Dazu ist es auch noch zu frisch. Denn eins darf man nicht vergessen: Auch unter der SED – und es sind eben nur in Teilen, aber es sind in Teilen eben auch Menschen, die aus diesem Spektrum kommen – haben Menschen unsägliches Leid erlitten. Das kann man eben auch nicht wegdiskutieren. Und darauf muss eine Partei wie die CDU auch immer noch Rücksicht nehmen.

Balzer: Aber die CDU, oder in dem Fall die Union im Bundestag, muss bereit sein, mit der Linkspartei zu stimmen, wenn es um Zweidrittelmehrheiten geht?

Prien: Ja. Das wird die Frage, wie man überhaupt zu Zweidrittelmehrheiten in so einer Konstellation dann noch kommen kann. Die werden wir zu beantworten haben.

Balzer: Viele Alternativen gibt es nicht. Mit der AfD wird ja wohl nicht ...

Prien: Nein. Also mit der AfD gar nicht. Und ob mit der Linkspartei da überhaupt irgendwas zu machen sein wird, das weiß ich heute nicht. Wenn man die Verfassung

ändern muss in dieser Legislatur, dann wird man dazu Mehrheiten finden müssen. Und die gibt es leider in der demokratischen Mitte nicht mehr.

Balzer: Das Interview der Woche im Deutschlandfunk mit Karin Prien, der Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend – ein umfangreiches Ressort. Bevor wir über die Inhalte Ihres Ministeriums reden, die ja sehr groß sind und ein bisschen auch mit einem Fokus auf die Bildung, würde ich gern noch mal über Ihre Partei sprechen. Nicht nur, was den Unvereinbarkeitsbeschluss oder das Verhältnis zu der Linkspartei angeht, sondern auch überhaupt wie sich diese Partei und auch diese schwarz-rote Regierung gerade dort aufstellt. Ich versuche jetzt mal die Perspektive der Frauen einzunehmen.

Prien: Das ist aber nett von Ihnen. Ich finde es immer gut, wenn Männer auch die Perspektive der Frauen einnehmen.

Balzer: Ja, ich versuche es zumindest und stelle fest, also, wenn man jetzt den Koalitionsausschuss sich anschaut, also wo die beiden Regierungsbeteiligten dort wichtige Themen absprechen - da sind Frauen, um es mal gelinde auszudrücken, unterrepräsentiert. Von der Union ist da nämlich gar niemand dabei. Und von der SPD ist es dann Bärbel Bas bzw. Saskia Esken. Ist das okay, dass im Koalitionsausschuss, wo es ja garantiert auch wichtige strittige Punkte gibt, die man besprechen muss, überhaupt keine Frauen dabei sind?

Prien: Ich hätte mir das anders gewünscht. Aber es ist natürlich auch so, dass die Zusammensetzung sich sozusagen an den Funktionen der jeweiligen Personen festmacht. Und Parteivorsitzende, Generalsekretäre sind halt bei uns im Moment Männer. Und das ist für mich auch noch mal der Aufruf an uns Frauen in der Union: Wir müssen auch wieder diese Positionen besetzen. Und ich glaube, dass es dem Koalitionsausschuss durchaus gutgetan hätte, auch aus der Erfahrung jetzt der Sondierungen und der Koalitionsverhandlungen, wenn das Team etwas diverser wäre, weil Frauen doch nach meiner Erfahrung noch mal anders verhandeln.

Balzer: Und zwar wie?

Prien: Na, meine Erfahrung ist, dass Frauen doch sehr viel sachorientierter unterwegs sind. Die Erfahrung zeigt ... ich sage mal, ich komme in Schleswig-Holstein aus einem paritätisch besetzten Kabinett, auch übrigens aus einem weitestgehend ... also müsste ich jetzt noch mal nachzählen, aber sehr divers besetzten, Frauen und Männern nahezu gleichmäßig besetzten Koalitionsausschuss. Und das hat immer sehr gut geklappt. Also deshalb, ich würde mir wünschen, dass es uns gelingt, bei diesen Zusammensetzungen zukünftig wirklich noch mal näher hinzuschauen und da

auch mehr Frauen zu berücksichtigen. Aber ich sehe eben auch, dass das nach den Funktionen besetzt worden ist.

Balzer: Aber warum ist das so? Warum ist die CDU-Spitze so männerdominiert?

Prien: Na ja, die CDU-Spitze war ja über viele Jahre sehr weiblich dominiert. Annegret Kramp-Karrenbauer, die Parteivorsitzende war, Angela Merkel Kanzlerin und Ursula von der Leyen EU-Kommissionspräsidentin. Also es hat schon auch in der CDU ja Zeiten gegeben, in denen wir anderen Parteien und anderen Ländern auch weit voraus waren. Ja, wir müssen auch wieder dahin zurückkommen, dass es selbstverständlich ist, dass in unseren Spitzenpositionen Frauen und Männer gleichermaßen verteilt sind. Wir haben da was zu tun.

Balzer: Sie sind – ich habe es gesagt – Ministerin für einen großen, großen Bereich. Die Bildung war ja vorher, in der Regierung zuvor, in der Ampel, die ja dann zerbrochen ist, bei der Forschung mitangesiedelt, ist dort rausgenommen worden, ist jetzt ins Familienministerium gekommen. Ich sage noch mal alle Zuständigkeiten für die Vollständigkeit. Ist ja viel. Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das entspricht so ein bisschen auch dem, was Sie in Schleswig-Holstein immer versucht haben, dass Sie das soziale Umfeld von Bildung hervorheben und dort die Bedingungen verbessern wollen, was eben Sprachnachhilfe angeht, was die Förderung von benachteiligten Familien angeht und Kinder, die eben, ja, unter schwierigen Verhältnissen groß werden. Was wollen Sie da auf Bundesebene wirklich erreichen?

Prien: Ja, es ist wichtig, dass Sie damit ja ansprechen, wir leben in einem föderalistischen Land, in dem die Zuständigkeiten für Bildungsfragen, jedenfalls in großen Teilen, bei den Ländern liegen, in Teilen ja auch bei den Kommunen, was den Schulbau angeht und wir bisher ja eine Aufteilung hatten, in der die Kita-Themen tatsächlich ja in dem Familienministerium verortet waren, obwohl wir ja seit Langem Kitas auch als Bildungseinrichtung verstehen. Und jetzt versuchen wir eben insbesondere den Kita-Bereich und den Schulbereich zusammenzuführen, auch die berufliche Bildung in der Idee, dass Bildung im Prinzip von null bis zum lebenslangen Lernen zusammen gedacht werden muss, zumindest in Kontinuitäten gedacht werden muss. Was die kleineren, jüngeren Kinder und Jugendlichen angeht, ehrlich gesagt, auch wirklich im Grunde in einem Bildungsplan. Man muss eigentlich ... von der Geburt an fangen Kinder an zu lernen. Die lernen wahnsinnig viel in den ersten Jahren. Zumindest mal bis zum Ende der Klasse vier muss man eigentlich Bildung als Ganzes und in einem Guss denken. Diese Möglichkeit eröffnen wir. Da bleiben trotzdem ja die Zuständigkeiten im Wesentlichen bei den Ländern. Deshalb ist die Kooperation zwischen Bund und Ländern und Kommunen so wichtig. Das habe ich mir fest vorgenommen, dass

wir gemeinsam strategischer die Stärken und Schwächen unseres Bildungssystems analysieren.

Balzer: Was sind denn die Schwächen?

Prien: Die Schwächen sind ganz eindeutig, dass in Deutschland der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg größer als in jedem anderen demokratischen Staat ist und dass es uns noch nicht hinreichend gelungen ist, insbesondere die durch die Zuwanderung entstehenden zusätzlichen Herausforderungen – wobei, das ist eben am Ende nur ein Aspekt. Wir haben es mit großer sogenannter Heterogenität ... das bedeutet also, Kinder sind eben ganz unterschiedlich, wenn sie heute aufwachsen. Wir haben Lernausgangslagen von Sechsjährigen, die zur Schule kommen, die drei bis vier Jahre auseinander sind. Die einen können schon lesen und schreiben, wenn sie in die Schule kommen. Die anderen können kaum sprechen. Und die Grundschule ist übrigens eine Schule, die das trotzdem noch wahnsinnig gut meistert, aber trotzdem sind wir zu schlecht dabei, Kinder schon gut vorbereitet in die Schule zu bringen. Und wir sind zu schlecht dabei, sie so auf die weiterführenden Schulen vorzubereiten, dass sie dann wirklich eine Chance haben. Und das ist halt von sozialer Herkunft und ehrlich gesagt auch von migrantischem Hintergrund oft abhängig, weil die sozialen Faktoren oft einhergehen auch mit der Zuwanderungsgeschichte. Das heißt, wir haben unser Schulsystem zu wenig angepasst auf die veränderten Rahmenbedingungen in der Gesellschaft. Es kommen noch andere Dinge hinzu. Eltern sind heute anders als sie vor 30, 40 Jahren waren. Eltern erziehen ihre Kinder weniger. Eltern bereiten ihre Kinder weniger vor auf Schule, und zwar auf Schule als sozialen Zusammenhang. Kinder tun sich schwerer, sich in Gruppen zu integrieren. Kinder tun sich schwerer übrigens auch mit Motorik. Kinder lernen zu Hause oft nicht mehr Grundlagen – ich sage mal sportliche Grundlagen. Ich sage mal: auf einem Bein stehen, hüpfen, Fußball spielen, solche Dinge. Es wird den Kindern von den Eltern deutlich weniger vorgelesen als früher. Und das sind alles Punkte, die kommen in der Schule an und die muss Schule lösen. Ich bin sehr dafür, dass wir nicht nur auf die Kitas und die Schulen, sondern auch auf die Familien gucken. Deshalb bin ich auch froh über den Ressort-Zuschnitt. Wir müssen auch den Eltern mehr Unterstützung geben, damit sie ihre Erziehungs- und Bildungsaufgabe – die haben nämlich Eltern – besser wahrnehmen können. Und dann müssen wir versuchen, dafür Sorge zu tragen, dass Kinder besser auf die Schule vorbereitet sind. Und dann müssen wir die ganzen Hilfesysteme ... und die liegen eben zum Teil auch in meinem Ministerium, dass die näher an Schule ran rücken. Es wächst im Grunde das zusammen, was auch inhaltlich, thematisch zusammengehört.

Balzer: Also Bildung als soziales Projekt?

Prien: Damit Kinder lernen können und damit Kinder überhaupt einen Zugang zu Bildung haben, muss man mehr kompensieren als früher. Nein, Bildung ist nicht Sozialpolitik.

Balzer: Was kann man da tun? Also Sie haben es ja angesprochen. Bildungspolitik ist ja in erster Linie Länderpolitik. Sie als Bund können ja eigentlich nur die Rahmen setzen, Impulse geben, Akzente setzen. Es gibt ja auch schon Programme, die in der Vorgängerregierung dort beschlossen worden sind. Das Startchancen-Programm zum Beispiel. Viel Geld, was da auch fließt tatsächlich in Brennpunktschulen, um dort zu unterstützen. Der Digitalpakt, um eben die digitale Ausstattung von Schulen zu verbessern, aber auch die digitale Kompetenz. Das haben Sie wiederum auf der Ländersseite mitverhandelt. Was wollen Sie denn jetzt auf der Seite des Bundes? Sie wechseln ja jetzt zum Bund. Auf der einen Seite haben Sie eine höhere Verantwortung, auf der anderen Seite aber auch wieder weniger Zuständigkeit, wenn man so will. Was kann denn gelingen?

Prien: Ja, das ist immer das Schwierige, dass die Menschen ja auch erwarten, dass der Bund im Bereich der Bildungspolitik ganz viel bewegt. Ich kann nur etwas bewegen, wenn ich in Respekt vor den Kompetenzen der Kommunen und der Länder – also bei den Kitas sind es ja oft die Kommunen oder die freien Träger und dann sind es die Länder im Schulbereich – wenn es mir gelingt, dass wir durch Kooperation und durch Impulse und finanzielle Unterstützung – das ist natürlich auch so. Der Bund wird massiv in den Ausbau der Kindertagesstätten investieren. Der Bund wird massiv in die Kita-Qualität investieren. Das sind zusätzliche Mittel. Und in diesem Rahmen, da gibt es ... wir werden ja ... es wird ein Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz geben. Wir werden uns auf gemeinsame Standards verständigen. Das ist schon die nächste Ausbaustufe. Das ist jetzt – jetzt reden wir auch über Qualität. Wir sollten uns gemeinsam versuchen auf wenige strategische Ziele zu verständigen. Und dann kann der Bund helfen, indem zum einen natürlich zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, aber auch indem Forschung zur Verfügung gestellt wird, aber zum Beispiel auch entsprechende Sprachdiagnostik, Sprachförderprogramme wir helfen zu entwickeln, damit die dann auch in den Ländern verwendet werden können. Das geht nur kollegial. Das geht nur im respektvollen Miteinander. Aber das geht. Davon bin ich fest überzeugt.

Balzer: Was ist Ihnen wichtig? Was wollen Sie in den nächsten Wochen und Monaten wirklich schaffen? Wenn man in diesen Koalitionsvertrag reinschaut, da ist ja durchaus einiges aufgeführt. Dass es eben da gemeinsame messbare Bildungsziele geben soll, der Bildungsföderalismus noch mal vielleicht modernisiert werden soll, dass es ein Bildungsverlaufsregister geben soll. Eine Art Schüler-ID soll es auch geben, vergleichbar mit einer Bürger-ID, dass man eben Schüler auch nachverfolgen

kann, wie ihr Bildungserfolg dort abläuft. Natürlich auch, also wir sehen jetzt natürlich Lehrermangel. Dafür können Sie nur bedingt was. Aber auch da können Sie natürlich Impulse setzen. Digitalisierung, Finanzierung großes Thema. Was packen Sie als Erstes an?

Prien: Also zuallererst werden wir uns mal dem Ganzttag noch mal zuwenden. Da geht es ja darum, dass die Länder und Kommunen dringend darum gebeten haben, die Fristen für das Ausgeben der Investitionsmittel zu erweitern. Das wird ein erster Schritt sein. Sehr praktisch, aber wird halt dazu führen, dass die 300 Milliarden, die der Bund ja da zur Verfügung stellt, dass die auch wirklich abfließen können. Wir werden insgesamt auch noch mal die Frage „Kann eigentlich der Bund noch mal mehr helfen bei den Investitionen in den Ganzttag“, die werden wir sehr bald mit den Ländern erörtern. Wir werden den Digitalpakt, der ja schon vorverhandelt ist, ich denke, den werden wir sehr schnell auf den Weg bringen können. Ist übrigens auch wichtig, damit die Investitionen in die Digitalisierung ... auch das werden wir noch in diesem Jahr machen, damit da auch Planungssicherheit für die Investitionen herrscht. Aber auch an dem Punkt ist es noch mal wichtig, darauf hinzuweisen: Es geht um Investitionen, aber es geht auch um bessere Ausbildung von Lehrkräften, damit mit dieser ganzen Technik auch so gearbeitet werden kann, dass es für die Schüler und auch für die Lehrkräfte einen Mehrwert hat. Denn nur zu digitalisieren um des Digitalisierens willen, ehrlich gesagt, das nützt keinem Kind, keinem Jugendlichen. Wir müssen es gut machen. Da kann der Bund wiederum auch helfen. Wir werden zum Beispiel ja auch das Programm „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ wiederaufnehmen, damit die Lehrer an bestimmten neuralgischen Punkten besser ausgebildet werden. Ich werde sehr schnell das Thema aufgreifen: Wie gehen wir eigentlich mit Bildschirmzeiten, Handy-Nutzung und Social Media bei Kindern und Jugendlichen in Schule, aber auch darüber hinaus um? Da werden wir sehr schnell eine wissenschaftliche Expertenkommission einrichten, damit wir wie andere Länder Europas und, ja, auch Australien, Kanada uns in unserer Gesellschaft miteinander klarer darüber werden: Wie gehen wir damit eigentlich um? Wir haben da ein Riesensproblem, was Konzentrationsfähigkeit angeht, was Gesundheit von Kindern und Jugendlichen angeht. Das müssen wir lösen. Das werde ich sehr schnell angehen. Und dann werden wir uns natürlich den ganzen Themen Kita-Qualität, Kita-Ausbau sukzessive zuwenden. Sukzessive werden wir das Startchancen-Programm weiterentwickeln, damit auch die Kitas im Umfeld der Startchancen in den Genuss zusätzlicher Mittel kommen. Wir werden das Sprach-Kita-Programm weiterentwickeln, neu auflegen. Und dann wird es vor allem darum gehen, Formate mit den Ländern und auch mit den Kommunen zu finden, die eine vertrauensvolle Zusammenarbeit dann in diesen Bereichen auch ermöglichen.

Balzer: Klingt sehr ambitioniert, fordert auch natürlich viel Geld. Was glauben Sie, was Sie überhaupt durchsetzen können? Wir haben es jetzt ja auch gerade gehört. Die Steuerschätzung fiel nicht allzu gut aus, auch, wenn jetzt diese Infrastruktur-Milliarden vielleicht irgendwann fließen werden. Wie optimistisch sind Sie, dass Sie das Geld bekommen, was Sie brauchen?

Prien: Also es gibt nichts, in das man investieren kann in diesem Land, was so viel bringt auch an Beitrag für unseren Wohlstand. Das muss sich jeder, der auch in Haushaltsverhandlungen geht, auch aus anderen Ressorts ... darüber muss man sich im Klaren sein. Das sagen uns jedenfalls die Wirtschaftsweisen, der Sachverständigenrat, der sich mit der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung beschäftigt. Das muss, glaube ich, klarer werden. Und ich verstehe mich als Anwältin von Kindern und Jugendlichen, auch von denjenigen, die übrigens in diesem Bereich arbeiten. Das sind Lehrkräfte. Das sind Sozialarbeiter. Das sind Erzieher und viele andere mehr. Ich möchte einen Konsens erreichen, dass Bildung wahrscheinlich die zentrale Aufgabe ist, um unser Land weiterzuentwickeln und zwar sowohl mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung, mit Blick auf auch übrigens unsere Demokratieentwicklung. Und am Ende geht es natürlich darum, dass junge Menschen die Chance bekommen, auch ein glückliches und erfülltes Leben zu führen. Also insofern, das ist zentral für unsere Gesellschaft. Das ist zentral für unsere Wirtschaft. Ist zentral, wenn wir das Fachkräfteproblem ... wir leben in einer demografischen Krise. Das ist so. Und deshalb ist das alles so wichtig und nicht nur Gedöns und nicht nur irgendwas, was Kinder und Familien angeht. Wir haben das Sondervermögen. Wir haben uns vorgenommen, 150 Milliarden allein von Bundesseite. Und dann haben wir ja noch mal 100 Milliarden, die den Ländern zur Verfügung stehen. Ich gehe davon aus, dass da auch in erheblichem Umfang – und darüber haben wir natürlich in den Koalitionsverhandlungen gesprochen – Mittel auch für Schulbau, für Kita-Ausbau zur Verfügung gestellt werden. Darüber haben wir verhandelt und das werde ich entsprechend diesen Verhandlungen auch einfordern.

Balzer: Welches Signal geben Sie eigentlich Kindern und Jugendlichen, die unter schwierigen Verhältnissen groß werden, die ja darauf bauen, dass der Staat ihnen auch hilft, wenn die Familien es nicht können? Welches Signal geben Sie denen?

Prien: Wir brauchen jeden Einzelnen von euch. Und wir trauen euch viel zu, wir trauen auch euren Familien viel zu. Wir wollen auch eure Familien starkmachen, damit sie euch besser unterstützen können auf eurem Bildungsweg. Aber da, wo es zusätzliche Unterstützung braucht, wollen wir euch so unterstützen, dass ihr gut durch die Schule kommt, dass ihr auch außerhalb der Schule so viel Anregung und Unterstützung bekommt, dass ihr euch gut zu selbstbewussten und selbstbestimmten Persönlichkeiten entwickeln könnt. Wir wollen, dass ihr Lust habt, dieses Land, diese

Gesellschaft, diesen Staat mitzugestalten. Wir wollen, dass ihr zuversichtlich in die Zukunft schaut. Und das auch in einer alternden Gesellschaft. Und deshalb müssen wir euch mehr hören, denn eure Stimme braucht Unterstützung. Und ich will das auch gerne ... als Kinder- und Jugendministerin will ich diesen Beitrag auch leisten.

Balzer: Wollen Sie ihnen die Handys wegnehmen vor dem Schulgebäude?

Prien: Ich möchte gerne, dass Kinder in der Grundschule Schutzräume haben, in denen sie keine sozialen Medien und keine Kommunikation über Endgeräte haben. Kinder müssen natürlich auch lernen, mit der digitalen Realität umzugehen. Auch Medienziehung ist weiterhin wahnsinnig wichtig. Aber, ja, es braucht auch Schutzräume für Kinder, für kleinere Kinder und auch für jüngere Jugendliche. Diese Debatte will ich gerne führen.

Balzer: Karin Prien von der CDU, Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend in dieser schwarz-roten Koalition hier im Interview der Woche im Deutschlandfunk. Mein Name ist Vladimir Balzer. Frau Prien, ich danke Ihnen sehr für das Gespräch.

Prien: Ich danke Ihnen.